

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

12.1.1928 (No. 10)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postkontokonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. Amen  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monats 3.— RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. Nr. 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Vertretung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Geschäftszeit Karlsruher. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Reparationsschiebungen

Die „Technik“ der Schieber

In der französischen Zeitung „Matin“ ist behauptet worden, daß die deutsche Regierung vor den in Paris aufgedeckten Reparationsbetrügereien gewußt habe. Wie dazu mitgeteilt wird, bezieht sich die Angelegenheit so, daß das deutsche Sachlieferungsbüro in Paris anfangs Dezember v. J. Veranlassung nehmen mußte, auf Unstimmigkeiten aufmerksam zu machen, die anscheinend bei einigen Reparationsverträgen obwalteten. Daraufhin veranlaßte Untersuchungen haben den Verdacht vorzuziehen, daß ein Teil der Reparationsverträge, die von französischen Ministern der öffentlichen Arbeiten die Präzedenz der zerstörten Gebiete angewiesen habe, in eine Preisprüfung der vorgelegten Reparationsverträge einzutreten. Es muß also festgestellt werden, daß gerade die deutschen Beamten es waren, die zuerst auf die vorgekommenen Mängel hinwiesen und den Anlaß zu ihrer Aufdeckung gaben. Eine Schädigung deutscher Interessen durch betrügerische Manipulationen liegt insofern vor, als für Sachlieferungen bestimmte Beträge teilweise als Bargeld von deutschen Firmen an französische Firmen übergeben worden sind.

Über das Verfahren bei den Schiebern erfährt man folgendes: Das französische Finanzministerium hatte in den letzten Jahren stets Schwierigkeiten, das Sachlieferungsprogramm unterzubringen. Einige französische Firmen ließen sich vom Finanzministerium unter dem Vorwand, daß sie doch der französischen Regierung einen Gefallen taten und die von ihnen in Deutschland bestellten Waren außerordentlich teuer seien, einen Rabatt von 10 Proz. gewähren, der ihnen auch bewilligt wurde. Dieser Rabatt allein brachte den französischen Schiebern bei einem Gesamtbetrag der Lieferungen von 150 Millionen Reichsmark einen mühelosen Verdienst von 15 Millionen Reichsmark ein. Die Bestimmungen, die sie bei ihren deutschen „Vertrauensleuten“ vornahmen, betrafen in der Hauptsache landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie Hopfen, Zucker, Mehl etc. In der Praxis gingen die Schiebern folgendermaßen vor: Die deutsche Lieferant lieferte z. B. an Stelle von frischem Hopfen im Werte von 10 Millionen Reichsmark vorzuziehen, der vielleicht nur eine Million wert war. Der Empfänger steckte zunächst einmal die 10 Prozent Rabatt ein; dann wurde der Unterschied zwischen dem Wert der deklarierten und der gelieferten Ware, in diesem Falle also 9 Millionen Reichsmark, zwischen den Nummern verteilt. Der Franzose „verdiente“ so 5 Millionen, der Deutsche „nur“ 4 Millionen.

Das französische Finanzministerium erklärt übrigens in einer Mitteilung an die Presse, daß weder der deutsche noch der französische Staat durch diese Schiebern irgendwelchen Schaden erlitten hätten. Der französische Staat nicht, weil Entschädigungsansprüche an ihn in Höhe der amtlich angemeldeten Kontrakte verfallen seien, der deutsche Staat nicht, weil ihm die Lieferungen in der vollen Höhe angerechnet wurden. Abgesehen von der Fälschung und dem Betrug, die die Handlungsweise der Beschuldigten unbedingt darstellen, hätten ihre Waren praktisch dazu geführt, daß beträchtliche Mengen Reichsmark, die die Reichsregierung an die französischen Mitschuldigen in Franken umgewandelt wurden, so daß also nach Frankreich Devisen ohne entsprechende Gegenleistung eingeführt wurden.

Wien, 12. Jan. (Tel.) Die Morgenblätter bringen Einzelheiten über vorgenommene Hausdurchsuchungen wegen der Sachlieferungsbetrügereien. In der Hauptsache soll in diese Angelegenheit eine Gesellschaft für Import und Export bewilligt sein. „Petit Parisien“ bezeichnet sie als deutsche Firma mit dem Namen „Kara, Import- und Exportgesellschaft“, deren Mitbirektor Louis Goldschmidt, in Berlin wohnhaft, sich gegenwärtig in Paris aufhält. Weitere Hausdurchsuchungen sind erfolgt bei einer Gesellschaft „Minerva“, die sich besonders mit Kohlenlieferungen befaßt, einer Gesellschaft namens Société de la Plan Daves, bei deren Inhabern, Gombberg und Lebb, auch in den Privatwohnungen nachgeprüft wurde. Ebenso werden aus dem Ofen und besonders aus Straßburg Betrüge bei Lieferung von ungefähr 400 000 Kilo Hopfen gemeldet. Hierbei werden genannt: eine Firma Netter, Straßburg, mit einem in Baden-Baden wohnenden Assoziierten namens Wertheimer. Die Untersuchungen sollen fortgesetzt werden. — Über die Betrüge selbst urteilt das „Journal“ wie folgt: Diese Betrüge, die nun ans Tageslicht gebracht werden und die man seit langem vermutete, waren geeignet, die Anwendung des Dawesplanes ernstlich zu gefährden und dadurch sogar die deutsche Wirtschaft zu töten.

Wien, 12. Jan. (Tel.) Die im Zusammenhang mit dem Sachlieferungschwandel genannte Firma Goldschmidt, die in der Potsdamer Straße 122a in Berlin ein Büro haben soll, existiert gar nicht. Gutem Vernehmen nach ist auch in unterrichteten Kreisen von einer Hausdurchsuchung in Berlin nichts bekannt.

### Neueinteilung der Verwaltungsbezirke in Polen

Warschau, 12. Jan. (Tel.) In den nächsten Tagen erscheint im polnischen Reichsgesetzblatt eine Verordnung des Staatspräsidenten über die Neuordnung der polnischen Selbstverwaltung. Dieses Dekret wird die Aufteilung des Staates in Wojewodschaftskreise und Gemeinden neu durchzuführen, sowie eine Neuordnung der Verwaltungsbehörden, teils durch Zusammenfassung, teils durch Auseinanderlegung verfügen. Die Hauptstadt Warschau bleibt wie bisher Verwaltungskreis zweiter Instanz mit einem Stadthauptmann an der Spitze. Doch wird Warschau in Stadt-Bezirken geteilt werden, an deren Spitze Stadtstarosten stehen werden.

### Letzte Nachrichten

#### Hellpach über die Anschlussfrage

Wien, 12. Jan. (Tel.) In einem Gespräch mit einem Vertreter der „Volkszeitung“ äußerte sich der frühere badische Staatspräsident Prof. Hellpach auch über die Anschlussfrage und sagte: Nachdem der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich im Winter 1918/19 verlagert wurde, wird er nach meiner Überzeugung als staatsrechtlicher Akt in absehbarer Zeit nicht vollzogen werden. Es scheint mir viel wichtiger, ihn als geschichtlichen Prozess aufzufassen, als ein Zusammenwachsen auf allen Rebengebieten, so daß schließlich die Staatseinheit eine Frage zweiter Ordnung und eine Formalität ist, die ruhig so lange offen bleiben kann, bis sie unter der geänderten außenpolitischen Konstellation einmal ohne wesentlichen Widerstand vollzogen werden kann. Was für mich aber undiskutierbar ist, ist jeder Schritt in der Richtung zu einem Anschluss Österreichs nach einer anderen Seite hin, zum Beispiel Donau-Konföderation und dergleichen Pläne mehr. Hierin gehe ich soweit, daß ich jede gesamteuropäische Einheitsidee ohne praktische Bewirklichkeit der großdeutschen Einheit für eine Chimäre halte. Pan-Europa lehne ich ab, weil es nicht in der Absicht, aber in der Wirkung auf Bewirklichung der französischen Hegemonie liegen würde. Ich erblicke das europäische Hauptproblem der Zukunft in der Erringung der praktischen Schicksalsverbundenheit Großdeutschlands mit Rußland und den slavischen Nachbarstaaten, welche zwischen beiden entstanden sind. Aus diesem Fragenkomplex werden mit Sicherheit einmal notwendig neue europäische Verwickelungen oder wird die europäische Vernunft entstehen.

#### Die deutsch-griechischen Wirtschaftsverhandlungen

M. Berlin, 12. Jan. (Priv.-Tel.) Die deutsche Regierung hat in der Frage des Handelsvertrags mit Griechenland eine Antwort zukommen lassen, in der festgesetzt wird, daß Griechenland auf die Anwendung des Artikels 18 des Versailler Vertrags verzichtet. Weiter bittet die Reichsregierung, die Verhandlungen in Berlin fortzusetzen, weil die deutschen Herren, die die Verhandlungen leiten, durch andere Handelsvertragsverhandlungen gleichzeitig in Anspruch genommen werden.

#### Polnische Note an Litauen

Warschau, 12. Jan. (Tel.) Die polnische Regierung hat durch einen nach Rom entsandten Sonderkurier der litauischen Regierung eine Note überreicht, in der die Wiederaufnahme der polnisch-litauischen Verhandlungen für Ende Januar in Riga vorgeschlagen wird. Die Note umschließt die Grundlage der künftigen Verhandlungen, die durch Beschwerden über Fragen des Grenzverkehrs, des Transits, sowie der Wiederaufnahme des Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehrs eingeleitet werden sollen.

#### Graf Ludner bei Henry Ford

New York, 12. Jan. (Tel.) Henry Ford hat Graf Ludner und seine Gattin im Ritz-Carlton-Hotel empfangen und ihm einen Wagen seines neuesten Modells zum Geschenk gemacht. Graf Ludner überreichte als Gegengabe ein Bild des „Seeablers“. Henry Ford erklärte u. a.: „Deutschland kann stolz auf Sie als Vorkämpfer des Friedens sein“ und hob in dem anschließenden Gespräch über sein Unternehmen hervor, daß unter seinen Mitarbeitern sich viele Deutsche befinden. Er fügte hinzu: „Ich bin ja selbst ein halber Deutscher, weil meine Mutter eine Deutsche war.“ Er gab Graf Ludner die Versicherung, daß das Bild des „Seeablers“ den Ehrenplatz über seinem Schreibtisch einnehmen werde.

#### Die Spaltung bei den Sudetendeutschen Organisationen

Wien, 12. Jan. (Tel.) Die „Neue Freie Presse“ meldet, daß der Obmann der sudetendeutschen Auslandsorganisationen, Dr. v. Langenhan, von dieser Stelle zurückgetreten. Langenhan habe sich um die Heimatbewegung im Auslande große Verdienste erworben. Sein Rücktritt werde in sudetendeutschen Kreisen mit der Spaltung im Aktivismus und Negativismus zusammengebracht, die auch in der sudetendeutschen Auslandsorganisation verschiedene Strömungen hervorgezogen habe.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht feierte die silberne Hochzeit. Der Reichspräsident hat ihm seine herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen.

### Die deutsche Kriegsschuld u. die Weltverschuldung

In der Öffentlichkeit ist zur Zeit viel von einer Neuaufrollung des gesamten Schulden- und Reparationsproblems die Rede. Das Stichwort hat der „New York Herald“ gegeben, der wissen wollte, daß in Amerika die baldige Festsetzung der Endsumme der deutschen Reparationsschuld, ihre Flüssigmachung durch eine schlagartige internationale Finanzoperation und die Revision aller internationalen Schuldvereinbarungen erwogen würden. Das Problem der Revision der Reparationszahlungen und der Zusammenhang zwischen deutscher Kriegsschuld und interalliierten Schulden ist damit aufs neue angeschnitten worden. Es sei daher an dieser Stelle nochmals ein Überblick über die verschiedenen Seiten des Problems gegeben.

Für Deutschland bilden die Grundlage der Zahlungsverpflichtung bekanntlich der Versailler Vertrag und der am 1. 9. 1924 in Kraft getretene Londoner Zahlungsplan, der auf Grund des Dawes-Gutachtens zustande gekommen ist. Dieser Zahlungsplan ist nichts Starres, er will vielmehr zunächst einmal praktisch erproben, inwieweit Deutschland Zahlungen zu leisten vermag und inwieweit im Rahmen ökonomischer Bedingtheit die Gläubiger solche Summen zu erhalten vermögen. Bisher hat nun zwar der Zahlungsplan im großen und ganzen ohne große Reibungen funktioniert, aber in der Hauptsache ist das doch nur möglich gewesen auf Grund der großen Auslandsanleihe des ersten Reparationsjahres und dank dem starken Zustrom von sonstigen Auslandskrediten. Das eigentliche kritische Jahr beginnt erst mit dem 1. September 1928, wenn die volle Jahressumme an Reparationen von 2½ Milliarden Reichsmark aufzubringen ist. Dann muß es sich zeigen, ob die Aufbringung der Summe im Inland und ihre Übertragung an das Ausland in Form von Barzahlungen oder Sachlieferungen an die Gläubiger ohne Beeinträchtigung der Sicherheit der deutschen Währung möglich ist.

Auf der anderen Seite steht die zweite Kostenrechnung des Weltkrieges, die interalliierten Schulden und deren Tilgung. Der Hauptgläubiger auf dieser Seite sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Insgesamt haben die Vereinigten Staaten eine Kapitalschuld von nominell 42 Milliarden Reichsmark von 20 verschiedenen Staaten, darunter 16 europäischen Schuldner zu fordern. Die Hoffnung auf eine einfache Streichung dieser Summen hat sich nicht erfüllt, vielmehr forderten die Vereinigten Staaten auf Grund eines Kongressbeschlusses vom 9. 2. 1922 ihre Außenstände ein. So mußten denn wohl oder übel Schuldentilgungsabkommen geschlossen werden. Großbritannien fand sich zuerst dazu bereit. Das englisch-amerikanische Schuldenabkommen vom 19. 6. 1923 setzt die zu tilgende Kapitalschuld auf 18,4 Milliarden Reichsmark fest, tilgbar innerhalb 62 Jahren und verzinsbar mit 3, später mit 3½ Proz. Die Jahreszahlungen betragen bis 1932 durchschnittlich 640, später 720 Millionen Reichsmark. Frankreich, das zweitgrößte Schuldnerland, hat sich erst viel später zum Abschluß eines solchen Abkommens bereit gefunden. Die Gesamtschuld Frankreichs beträgt danach 16,1 Milliarden Reichsmark (darunter 1,6 Mill. für die kommerzielle Schuld). Diese Schuld ist in 62 Jahren abzuzahlen (Gesamttilgungssumme 27,2 Milliarden Reichsmark). Eine Transferklausel hat Frankreich nicht erhalten. Ähnliche Abkommen mit ähnlichen Zinssätzen und gleicher Tilgungsdauer hat Amerika i. J. 1925 mit Italien (Kapitalschuld 8, Endsumme 9,6 Milliarden Reichsmark) und Belgien abgeschlossen, bezüglich Belgiens nur hinsichtlich der Nachkriegsschulden von 984 Millionen Reichsmark, während die Kriegsschulden Belgiens von Deutschland aus den Daweszahlungen getilgt werden müssen.

Das Problem wird aber dadurch verwickelt, daß England und in kleinerem Maße auch Frankreich selbst wieder Gläubiger sind. Englands Gesamtforderungen an Rußland, Frankreich, Italien belaufen sich an Kapital und Zinsen auf rund 40 Milliarden Reichsmark, eine Summe, die ungefähr der Schuldforderung der Vereinigten Staaten an England entspricht. Da nun dieses von Amerika zur Zahlung gedrängt wurde, sah es sich gezwungen, auch seinerseits seine Forderungen einzutreiben. Auf Grund der berühmten Balfour-Note vom 1. 8. 1922 sind dann das sogenannte Balfour-Churchill-Abkommen mit Italien und das sogenannte Churchill-Cairaux-Abkommen i. J. 1926 mit Frankreich geschlossen worden. Eine Verbindung mit den deutschen Reparationszahlungen ist nur an einer Stelle geschaffen. In dem Briefwechsel, der sich an das englisch-französische Abkommen angeschlossen hat, Churchill betont, daß England bei größerer Milderung der Reparationseingänge bereit sei,



wegen einer Verabreichung der Zahlungen zu verhandeln, wenn auch die britischen Zahlungen von Amerika entsprechend gekürzt würden. Der Schlüssel für die Lösung der ganzen Schuldenfrage liegt also in Washington.

### Der Reichsetat vor dem Haushaltsausschuß

Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat nach der Weihnachtspause, wie gemeldet, am Mittwoch wieder zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Beim Etat der Reichsschuldenverwaltung kritisierte Abg. Dr. Dilliering (Soz.), daß eine Regierung, die nicht mehr im Amt war, sondern lediglich die Geschäfte zu führen hatte, eine Anleihe von 500 Millionen Reichsmark aufgelegt hatte. Weiter kritisierte er, daß die Deutsche Reichsanleihe ohne Fällungnahme mit dem Reichstag von 5 auf 6 Proz. hinaufkonvertiert worden ist.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) hielt den ersten Kurs der konvertierten Reichsanleihe von 87,5 für miserabel. Durch diese schlechte Notiz werde eine künftige Kreditaktion sehr erschwert. Eine geschäftsführende Regierung dürfe eine Anleihe nur bei größter Zwangslage aufnehmen.

Abg. v. Guérard (Ztr.) vertrat ebenfalls den Standpunkt, daß eine geschäftsführende Regierung keine Anleihe aufnehmen solle und daß eine Einaufkonvertierung nur mit Zustimmung des Reichstages erfolgen dürfe.

Von allen Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten wurde folgende Resolution eingebracht: „Eine Aufhebung der Reichsanleihe darf durch geschäftsführende Regierungen nicht erfolgen. Die Einaufhebung des Zinsfußes einer Reichsanleihe bedeutet eine Mehrausgabe, die der Genehmigung der verfassungsmäßigen Organe bedarf.“

Staatssekretär Dr. Köpitz hielt vom juristischen Standpunkt es für einwandfrei, daß auch eine geschäftsführende Regierung eine Anleihe aufnehmen kann. Was die Höherkonvertierung anbelangt, so frage es sich, ob die Reichsregierung durch den bei der Ausgabe festgesetzten Zinsfuß für die Zukunft gebunden sei. Hätte sich die Reichsregierung nicht alsbald zu der Höherkonvertierung entschlossen, würde bei der Lage des Anleihemarktes geradezu ein Chaos eingetreten sein. Gegenüber der Kritik, daß aus dem alten Etatsjahr noch Anleiheermächtigungen übernommen seien, wies der Staatssekretär auf die bekannte Resolution des Reichstages hin, nach der Reste von Anleiheermächtigungen in jedem neuen Etatsjahr von neuem genehmigt werden müssen, während nach der bisherigen Staatspraxis die einmal gegebenen Ermächtigungen beliebig lang bis zur Konsumierung bestehen blieben. Die neue Praxis sei zweifellos ein Fortschritt.

Abg. Erling (Ztr.) hielt die damaligen Zeitumstände bei der Ausgabe der Reichsanleihe nicht für bereit erklart, daß die Ausgabe unbedingt notwendig gewesen wäre.

Nach weiterer Aussprache wurde beschlossen, daß ein Untersuchungsausschuß zunächst noch die angeregten Fragen klären solle. Der Etat der Reichsschuldenverwaltung wurde alsdann ohne wesentliche Änderungen angenommen.

Es folgt die Beratung des Etats des Reichsjustizministeriums.

Dabei gab Reichsjustizminister Serz zu der Frage der Hochverrats- und Landesverratsprozesse umfangreiches statistisches Material bekannt. Im Jahre 1924 wurden wegen Hoch- und Landesverrats 309 Personen verurteilt, im Jahre 1925 waren es 278, im Jahre 1926 insgesamt 124, im Jahre 1927 aber nur 114. Der Minister gab dann noch eine Darstellung der Auswirkung der Gnadenaktion aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten. Erlaßt wurden 75 Fälle auf dem Gnadenwege erledigt. Erlaßt wurden Freiheitsstrafen im Gesamtbetrag von über 107 Jahren, auch eine lebenslange Zuchthausstrafe. Von den 70 Gnadenurteilen entfallen auf links gerichtete Täter 68. Im ganzen waren zur Zeit der Gnadenaktion 148 linksgerichtete Täter in Haft. Auf rechtsgerichtete Täter entfallen sieben Gnadenurteile. Die Gesamtzahl der Gnadenurteile der Länder steht noch nicht fest. Nach der zuletzt bekannt gewordenen Mitteilung hat Preußen bisher mehr als 12 000 Gnadenurteile erteilt, bei den übrigen Ländern erfolgten insgesamt 4000 Gnadenurteile.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) führte aus, daß die Vertrauenskrise fortbestehe. Die Zahlen, die Minister Serz gegeben hätte, bezögen sich nur auf die Prozesse beim Reichsgericht, nicht aber auch auf die bei den Oberlandesgerichten. Die Laienrichter müßten wieder mehr Verwendung finden, insbesondere solche aus der Arbeiterschaft. Die Schwurgerichte seien wiederherzustellen.

Bei der Weiterberatung des Justizhaushalts am heutigen Donnerstag sprach Reichsjustizminister Serz über die Vereinfachung der Justiz. Im Vordergrund ständen für manche Kreise allgemein-politische und unitarische Gesichtspunkte: Verstärkung der Hoheitsrechte des Reichs auf Kosten der Länder. Zu dieser politischen Frage wolle er sich heute nicht äußern. Er persönlich mache sich solche Gedankengänge nicht zu eigen. Andere stellten die Fragen des Rechts selbst in den Vordergrund. Man denke dabei an die Verschiedenartigkeit der Ausführungsgesetze in den deutschen Ländern, an die Verschiedenartigkeit der Ausbildung der Juristen, die Verschiedenartigkeit der Handhabung der Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft, des Begnadigungsrechtes der Länder usw. Weiter fiele auch der Gedanke der Nationalisierung ins Gewicht. Bekanntlich weise jede Justizverwaltung in den deutschen Ländern ein Defizit auf. Das seien aber keine Fragen des Reichsjustizministeriums für sich allein. Die Frage selbst aber sei eine ganz hochpolitische, deshalb werde sich mit ihr auch die Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin am 16. und 17. Januar zu beschäftigen haben. Der Reichsminister habe in München schon zum Ausdruck gebracht, daß man an die Frage: Verwaltungsreform von Reich und Ländern, nicht einseitig von Reich wegen herangehen könne. Er für seine Person mache sich diesen Gedanken des Herrn Reichsministers aus vollster Überzeugung zu eigen. Heute könne er als Reichsjustizminister den Fragen unmöglich vorgreifen. Letzten Endes könnten wir an die großen Fragen des Justizbaues erst herangehen, wenn wir die Verfahrensregeln unter Dach und Fach haben. Der Minister ging dann auf die Frage der einheitlichen Ausbildung der Juristen ein.

### Marx gegen Stegerwald

Der geschäftsführende Ausschuß des katholischen Lehrverbandes hatte an die Leitung der Zentrumsparlei ein Schreiben gerichtet, in dem erklärt wird, das Auftreten Stegerwalds gegen das Berufsbeamtentum und die Beamtenbesoldung habe vornehmlich durch die Art und Weise, wie es geschehen sei, unter den Mitgliedern der Zentrumsparlei aus den Kreisen der Beamten- und Lehrerschaft berechtigten Unwillen hervorgerufen. Der Vorsitzende der Zentrumsparlei, Reichsminister Dr. Marx, erwiderte laut „Voss. Zig.“ darauf: Sie werden ohne weiteres als selbstverständlich annehmen, daß ich selbst die durchaus unbegründeten und ungeschicklichen Ausführungen von Herrn Dr. Stegerwald über die Beamten sehr bedauere und in keiner Weise für gerechtfertigt halte. Ich habe auch Herrn Dr. Stegerwald darüber seinen Augenblick im Unklaren gelassen.

### Um das Reichsschulgesetz

Keine Einigung über die Simultanschule

Der Bildungsausschuß des Reichstages nahm heute Donnerstags die Beratungen des Reichsschulgesetzes wieder auf. Die Aussichten für das Gesetz werden im allgemeinen etwas günstiger beurteilt, nachdem gestern der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien in der Frage der geistlichen Einsichtnahme in den Religionsunterricht zu einem Kompromiß gelangt ist. Dagegen bestehen in der Frage der Simultanschule die Gegensätze zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei nach wie vor fort.

Der Kompromißantrag zu § 16 lautet: „Den Religionsgesellschaften ist unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes Gelegenheit zu geben, sich davon zu überzeugen, ob der Religionsunterricht in Abereinrichtung mit ihren Grundgesetzen erteilt wird. Die zuständigen oberen Stellen der Religionsgesellschaften haben zu dem Zweck das Recht der Einsichtnahme in den Religionsunterricht. Dieses Recht kann nicht an den Ortsgeistlichen als solchem übertragen werden. Die Religionsgesellschaften und ihre Vertreter haben gegenüber den Lehrern, die Religionsunterricht erteilen, keine Befugnis der Dienstaufsicht. § 16a: In den Gebieten des Reiches, in denen ein Zusammenwirken zwischen Staatsbehörde und Religionsgesellschaften hinsichtlich der Einrichtung und Erteilung des Religionsunterrichts in den Volksschulen durch Gesetz oder Vereinbarung festgelegt ist, kann es bei dieser Regelung verbleiben.“

Nach Meldungen der Berliner Blätter sollen die Verhandlungen insbesondere über den strittigen § 20 in der nächsten Woche fertiggestellt werden. Hinsichtlich dieses Paragraphen, der die Behandlung der südwestdeutschen Simultanschulen regeln soll, betont die Volkspartei, „Tägl. Rundsch.“, die Deutsche Volkspartei halte an ihrer Forderung fest, daß der Simultanschule dort, wo sie geschichtlich geworden sei, ein unbegrenzter Schuß zuteil werden soll, während das Zentrum nur eine 5- oder 10-jährige Schonfrist zugehen wolle, nach deren Ablauf die Simultanschule durch Antrag der Erziehungsbehörden umgewandelt werden könne. Die beiden Parteien, so erklärt die „Tägl. Rundsch.“, seien gestern bei ihrer Aufassung verblieben und es sei auch keine Möglichkeit sichtbar geworden, die gegenteiligen Auffassungen auszugleichen.

Über die Haltung des Zentrums in dieser Frage heißt es in der „Germania“: „So sehr das Zentrum befreit ist, an einer geeigneten Lösung auf dem Wege der Verständigung mitzuwirken, ebenso ist es klar, daß es für das Zentrum eine Grenze gibt, die nicht überschritten werden kann.“

Im Gegensatz zu anderen Blättern berichtet übrigens noch die „Tägl. Rundsch.“, daß die Meinungsverschiedenheiten über den § 14, der die Frage der Aufstellung der Lehrpläne für den Religionsunterricht gemeinsam mit den Religionsgesellschaften behandelt, am Mittwoch noch nicht behoben worden seien. Falls die Fassung des Entwurfes aufrechterhalten werde, schlägt die Deutsche Volkspartei im Falle von Meinungsverschiedenheiten vor, die letzte Entscheidung dem Staat anheimzugeben. Die anderen Koalitionsparteien hätten für diese Fassung noch nicht gewonnen werden können.

Wie der demokratische Zeitungsdienst mitteilt, werden die Vertreter der demokratischen Fraktion im Bildungsausschuß des Reichstages u. a. beantragen, daß der § 16 des Reichsschulgesetzes, der die Einsichtnahme in den Religionsunterricht regeln soll, überhaupt gestrichen wird.

### Der Prozeß Tressow-Babide

In einem Verleumdungsprozeß des Gutsbesizers Tressow gegen den Gutsbesitzer, Major a. D. Babide wurde in der Berufungsinstanz nach zum Teil nichtöffentlicher Verhandlung ein freisprechendes Urteil gefällt. Beide Gutsbesitzer beschäftigten sich 1926 in ihrem Kreise Neumarkt (Preußen) mit der Aufstellung von Truppenverbänden, die angeblich zum Grenzschutz gegen die Polen und zur Ergänzung der Reichswehr bestimmt sein sollten; Tressow, der Mitglied des Jungdeutschen Ordens war, machte darüber auch dessen Großmeister Mahraun Mitteilung. Deshalb wurde er des Verrats und Vertrauensbruchs bezichtigt und von seinen Standesgenossen in den gesellschaftlichen Bann getan. Tressow hatte in dieser Angelegenheit Babide verurteilt, und dieser war wegen Verleumdung auch in der ersten Instanz zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Der Vorstand des Jungdeutschen Ordens veröffentlichte jetzt eine Erklärung, in der die Vorstandsmitglieder, an der Spitze Mahraun, sagen, daß sie in der Lage ihres Ordensbruders von Tressow genau so gehandelt hätten, wie er gehandelt hat. „Für uns ist das von Tressow vollkommene gerechtfertigt. Wir könnten ihn auch vor der Öffentlichkeit rechtfertigen, wenn wir offen reden dürften.“

Der Freispruch der Berufungsinstanz wird von der republikanischen Presse lebhaft kritisiert. Die Blätter betonen, daß den verantwortlichen Führern der Reichswehr dieser Prozeß klar erwiesen haben müsse, wie gefährlich die Ehe mit dem Großgrundbesitz sei. Die distrete Liaison zwischen Organen der Reichswehr und den sogenannten Großgrundbesitzervereinen sei zu einer politischen Gefahr für die innere Ordnung des Staates geworden. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ sagt: „Eine entschlossene Wache an alle im übrigen durchaus zweifelhafte Geheimnisträmerie, eine mutige und offene Erklärung und Übernahme der Verantwortung durch das Reichswehrministerium in aller Öffentlichkeit hätte längst vieles aus der Vergangenheit bereinigen können, was endlich einmal bereinigt werden muß.“ Auch das reichshauptstädtische Zentrumsorgan, die „Germania“, mißbilligt die Geheimverhandlungen des Gerichts.

### Die Schweizerische Miliz

Der Chef des schweizerischen Militärdepartements, Bundesrat Scheurer, hielt in Zürich eine Rede über die Landesverteidigung der Schweiz, wobei er den Charakter der schweizerischen Milizarmee als wichtiges Mittel der schweizerischen Friedens- und Neutralitätspolitik zur Sicherung der Unabhängigkeit der Schweiz darlegte. Die verfassungsmäßig gebotene Rekrutierung von jährlich 20 bis 25 000 Mann sei eine Notwendigkeit der militärischen Bereitschaft und der Anpassung an die modernen Verhältnisse. Ein Abgehen vom Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht wäre rein militärisch wohl möglich, nicht aber vom allgemeinen politischen Standpunkte aus. Die schweizerische Armee sei zweifellos imstande, dem Angriff irgendeiner Großmacht erfolgreich Widerstand zu leisten. Der Redner betonte zum Schluß seiner mit warmem Beifall aufgenommenen Ausführungen die Wichtigkeit der aktiven Mitwirkung des ganzen Volkes und die Gewißheit, auf die Jugend zählen zu können.

Der Danziger Volksrat hat in seiner Eröffnungsitzung zum Präsidenten den sozialistischen Abgeordneten Spill gewählt, zum ersten Vizepräsidenten den deutschnationalen Abgeordneten Bogdan und zum zweiten Vizepräsidenten Konrad Neubauer, der der Zentrumsparlei angehört.

### Riesenskandal beim Leunawerk

Untersuchungsverfahren gegen den Erbauer des Leuna-Werks. Der „Sinnes von Leipzig“

Der weitbekannte Oberbauteil Schönberger, der eigentliche Erbauer des Leunawerkes bei Merseburg und Mitglied der Direktion, ist vergangene Woche plötzlich von seinem Posten geschieden und nach Süddeutschland verzogen. Wie die „Frankf. Zig.“ meldet, hängt der Abschied mit der Tatsache zusammen, daß der mit der Aufklärung der Millionenverschwendung beim Leunawerk beschäftigte Untersuchungsrichter Dr. Jakob, Halle, der Direktion des Werkes offiziell mitgeteilt hat, daß auf Grund seiner Ermittlungen die Voruntersuchung auf Oberbauteil Direktor Schönberger ausgedehnt werden muß. Das gerichtliche Verfahren wird sich auch noch auf ein zweites Mitglied der Direktion erstrecken, das der juristischen Abteilung angehört. Bei der ganzen Affäre handelt es sich um einen Mißbrauch, den der Leipziger Malermeister Albert Schönfeld begangen hat, indem er sich für nicht ausgeführte Malerarbeiten bis zu 15 mal ein und dieselbe Rechnung bezahlen ließ, so daß ihm auf diese Weise im Laufe der Jahre rund 2½ Millionen Goldmark unberechtigt zugeflossen. Schönfeld sitzt seit Jahr und Tag in der Untersuchungsanstalt. Die Leuna-Beamten Heddenberg, Stöck und Schiewowitz, die Schönfeld bei seinen Verbrechen unterstützten und mit ihm gegen Gewinnbeteiligung gemeinsame Sache machten, sitzen ebenfalls fest.

Den beiden verdächtigten Direktoren wird vorgeworfen, daß sie dem Malermeister eine Sammelbestätigung ausgestellt haben, auf Grund deren alle Rechnungen, die von Schönfeld für rückliegende Arbeiten eingereicht wurden, zu bezahlen seien. Auch wird ihnen vorgeworfen, daß sie die Untersuchungsergebnisse mehrerer Detektive der Gerichtsbehörde vorenthalten haben, um die ganze Sache zu vertuschen. Schönfeld, in der Inflation noch ein einfacher Malermeister, legte sich den Titel Generaldirektor zu. Er genoss in Leipzig den Ruf des kleinen Sinnes. Seine Unverschämtheit an das Leunawerk ging so weit, daß er 1924/25 das Leunawerk auf Zahlung von 11 Millionen Goldmark verklagte. Die amtliche Untersuchung hat jetzt ergeben, daß im Leunawerk ein beispielloses Schmiergeldwesen herrschte. Eine Reihe Leipziger Firmen wird sich wegen dieser Sache noch vor Gericht zu verantworten haben.

W.B. Halle, 12. Jan. (Tel.) Die bereits seit Monaten schwebende, Aufsehen erregende Betrugsangelegenheit bei den Leuna-Werken, durch die das Werk um mehrere Millionen geschädigt wurde, zieht größere Kreise. Gegen Direktor Schönberger hat der Untersuchungsrichter bereits die Voruntersuchung eingeleitet. Ebenso hat die Staatsanwaltschaft auch das Verfahren gegen Dr. Koller, den Vorsteher der Rechtsabteilung, eingeleitet. Der Verdacht gegen die beiden soll sich in der Hauptsache darauf beziehen, daß sie aus noch nicht aufgeklärten Gründen die Aufhebung der Millionenbetrügereien des Leipziger Unternehmens Schönfeld und der mit ihm in Verbindung stehenden Beamten der Holzwerkstätten der Leuna-Werke verhindert haben. Verantwortlich für Zahlungs-eingänge und -ausgänge war der Chef der Bauabteilung, Oberbauteil Schönberger. Dieser hatte sich, nachdem er bereits mehrere Male vom Staatsanwalt vernommen worden war, nach Ludwigshafen zur Verichterstattung bei der Generaldirektion begeben. Nachdem das Verfahren gegen ihn nunmehr eingeleitet worden ist, erfolgte die sofortige Antisubversivierung Schönbergers. Direktor Dr. Koller, der die abzuschießenden Verträge, darunter auch Lieferungsverträge, zu prüfen hatte, wird zum Vorwurf gemacht, daß er den Charakter der vorliegenden Scheinverträge nicht rechtzeitig erkannt habe. Wie die hiesige Korrespondenz weiter hört, wird das Ermittlungsverfahren auch noch auf andere Angestellte aus den maßgebenden Abteilungen der Leuna-Werke wegen Fahrlässigkeit eingeleitet werden.

### Die Verschickung russischer Oppositionsführer

Der Moskauer Korrespondent des „V. L.“ gibt zu der Nachricht über die Verschickung von Oppositionsführern ergänzende Nachrichten. Danach wurde am 3. Januar 30 Führern der Opposition von der Staatspolizei (D.S.P.) mitgeteilt, daß sie nach verschiedenen entlegenen Teilen der europäischen und asiatischen Sowjetunion mit dreitägiger Frist verschickt werden würden. Am folgenden Tage sei es den höchsten Stellen der Opposition der Sache nach ebenso ergangen, indem man ihnen nahegelegt habe, Moskau zu verlassen. Es handelte sich in erster Linie um Trotski, dem, wie erklärt wurde, Anträgen vorgeschlagen worden sei, Kamowitsch, dem im Gouvernement Wiakta ein 500 Kilometer von der nächsten Eisenbahnstation liegender Punkt zugewiesen worden sei, ferner um Kibel, der sich in ein Nest im sibirischen Gouvernement Tobolsk begeben müsse, um Kamenev, der nach Tobolsk und um Sinowjew, der auf die Höhen des Ural verschickt worden sei.

Damit, so fügt der Moskauer Korrespondent hinzu, werden alle Namen der Opposition, die bisher gezählt haben, in der Unwirksamkeit des riesigen Russlands von Archangelsk bis Astrachan und vom Ural bis ins tiefste Sibirien, zerstreut. Dies ist vor der Geschichte das außerordentlichste Phänomen, das die russische Revolution herbeigeführt hat. Bis heute — sein Brief ist vom 6. Januar datiert — sei von dieser Tragödie noch kein Wort in die russische Öffentlichkeit gedrungen.

Deutschland und die Fakultätsklausel. Dem Reichstag ist der „Tägl. Rundsch.“ zufolge der Entwurf eines Gesetzes über die Anrufung des ständigen internationalen Gerichtshofes im Haag zugegangen. Es handelt sich bei diesem Gesetzentwurf um die Unterschrift Deutschlands unter die Fakultätsklausel des Haager Schiedsgerichtshofes, die Reichsaussenminister Dr. Stresemann auf der Völkerbundtagung im September v. J. vollzogen hat.

Die deutsch-österreichischen Strafrechtsverhandlungen werden unter dem Vorsitz von Geheimrat Prof. Dr. Kahl am Samstag im Reichstagsgebäude wieder aufgenommen. Man muß zunächst versuchen, die differierenden Abänderungsbeschlüsse der beiden Länder auszugleichen. Das Gremium setzt sich aus zehn Reichsdeutschen und sechs Österreichern zusammen. In Berlin wird die Kommission auch beschließen, wann und wo nach etwa drei Monaten die Beratungen über den speziellen Teil der Strafrechtsreform weitergeführt werden sollen. Man will dann eine Stadt, die in der Mitte zwischen Berlin und Wien liegt, vielleicht München, wählen.

Keine Schweizerische Unterstützung Dillers durch Dr. Schmid. Die „Basler Arbeiterzeitung“ hatte, gestützt auf einen Artikel des „Berliner Tageblatts“ mitgeteilt, einige Schweizer, so auch Dr. Peter Schmid, Kommandant der Gebirgsinfanteriebrigade in Basel, hätten den Hitlerputsch durch Sammlung von Geldern in der Schweiz und durch eigene Spenden unterstützt. Oberst Schmid erklärt nun, daß er mit der Hitlerkassa keine die leiseste Beziehung gehabt habe, nicht um irrende Beihilfe angegangen worden sei und nicht einen Pfennig an die Sache gespendet habe.

Thomas Hardy. Der berühmte englische Dichter und Romanautor, Thomas Hardy, ist im Alter von 88 Jahren gestorben.



### Die Ausnutzung der Wasserkräfte der Welt

Zu Anfang des Jahres 1927 wurden von den gesamten Wasserkräften der Welt, die auf 454 Millionen Pferdekraft geschätzt sind, etwa 88 Millionen ausgenutzt. Im Jahre 1920 waren es erst 28 Millionen Pferdekraft, somit war in 6 Jahren eine Zunahme von 43 Proz. zu verzeichnen. Nordamerika, von Alaska bis Panama — also Mittelamerika eingerechnet — steht an erster Stelle, und die Vereinigten Staaten allein gewinnen aus ihren Wasserkräften ebensoviel, wie das gesamte Europa, nämlich 13 100 000 Pferdekraft.

Die Ziffern für die einzelnen Erdteile stellten sich Anfang 1927 wie folgt:

	Schätzungsweise in 1000 Pferdekraften	
	Entwickelt:	Unentwickelt:
Nordamerika	16 800	66 000
Südamerika	750	54 000
Europa	13 100	58 000
Asien	2 100	69 000
Afrika	14	190 000
Ozeanien	240	17 000
	33 004	454 000

Unter den europäischen Ländern stand Italien mit 2 800 000 Pferdekraften oben, dann folgten Frankreich mit 2 000 000, Norwegen mit 1 900 000, die Schweiz mit 1 850 000, Schweden mit 1 350 000, Deutschland mit 1 100 000 und Spanien mit 1 000 000 Pferdekraften. Alle anderen europäischen Länder blieben weit hinter diesen Ziffern zurück.

### Das amerikanische Marinebauprogramm

Der Flottenausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses trat am Mittwoch in die Beratung des neuen Marinebauprogramms ein. Der Marineminister führte dabei aus, Amerika benötige eine erstklassige Flotte, und wenn die Regierung auch kein Wettrennen beabsichtige, so müsse doch bei jedem Bauprogramm die Flottenstärke der anderen Länder berücksichtigt werden. Jede Verzögerung in der Annahme des Programms würde Amerika von der Flottengleichheit mit England noch weiter entfernen, als dies jetzt bereits der Fall sei. Die angeforderten 25 Kreuzer sollen je 10 000 Tonnen Verdrängung haben und mit achtzölligen Geschützen ausgestattet werden. Zusammen mit den bereits in Bau genommenen acht Schiffen gleicher Größe und den bereits gebauten zehn Kreuzern von je 7500 Tonnen werde die amerikanische Kriegsflotte über 43 moderne Kreuzer verfügen.

W.L. London, 12. Jan. (Tel.) Der Marinekorrespondent des „Daily Telegraph“ hält es für unwahrscheinlich, daß die weitgehenden Vorschläge des amerikanischen Marineministers Wilson von amerikanischen Kongressen angenommen werden. Das Ziel ist scheinbar nominelle Gleichheit mit dem britischen Reich. Tatsächlich aber würden die jetzt vorgelegten Pläne den Vereinigten Staaten die völlige Überlegenheit zur See geben. Die Vereinigten Staaten würden an schweren Kreuzern doppelt so stark sein wie das britische Reich, und diese Tatsache, verbunden mit der vorhandenen Gleichheit der Schlachtschiffe und der Überlegenheit der Vereinigten Staaten an Zerstörern und Unterseebooten, bedeutet, daß die amerikanische Flotte die unbestrittene Herrschaft zur See haben würde. Trotz Wilsons Ablehnung wird die Welt dieses Programm als reinen Wettbewerbs auffassen. Das Programm ist bestimmt, der amerikanischen Flotte nicht nur zur Gleichheit mit der britischen Flotte, sondern zur absoluten Überlegenheit gegenüber der britischen und allen anderen Flotten zu verhelfen.

Nach keine Kabinettsbildung in Lettland. Die Frage der Regierungsbildung in Lettland hat entgegen allen Erwartungen auch durch die Bemühungen des demokratischen Zentrums keine Lösung gefunden. Diese Partei hatte nach dem Scheitern der Bemühungen der Sozialdemokraten die Initiative zur Bildung einer bürgerlichen Koalition ergriffen. In der entscheidenden Beratung der Parteivertreter der geplanten Koalition hat sich jetzt ergeben, daß eine Einigung über die Zusammenfassung des Kabinetts nicht zu erzielen ist.

Streicher disziplinarisch verurteilt. Das Münchener Disziplinargericht für nichtrichterliche Beamte verurteilte den Hauptlehrer und nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Julius Streicher wegen Verlassen seiner Stelle zu agitatorischen Zwecken und großer Beschimpfung seines unmittelbaren Vorgesetzten, des Münchener Oberbürgermeisters Dr. Luppe, zur Strafverbüßung von Nürnberg nach einem kleineren Orte und zu 500 RM Geldstrafe.

### Kurze Nachrichten

Reichsministerbesprechung über die Länderkonferenz. Das Reichskabinett hielt Mittwoch abend eine Besprechung ab, in der die organisatorischen Fragen zur Erörterung standen, die mit der bevorstehenden Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Länder über die Verwaltungs- und Verfassungsreform zusammenhängen. Die Besprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Ein deutsches Mitglied des Verwaltungsgerichtshofes des Völkerverbundes. Geheimrat Justizrat, Oberlandesgerichtsrat Dr. Fröhlich, deutsches Mitglied des gemischten Schiedsgerichtes, ist vom Völkerverbund zum Mitglied des neugeschaffenen Verwaltungsgerichtshofes ernannt worden.

Eine Erziehung in England. Am Donnerstag fand im Wahlkreis Northampton eine Erziehung in das Unterhaus für den verstorbenen konservativen Abgeordneten Holland statt. Der Arbeiterparteiliche Malone wurde mit 15 156 Stimmen gewählt. Der konservative Neuter erhielt 14 654, der liberale Morigan 9575 und der unabhängige Konserervative Gainwood 1090 Stimmen.

Der Vorschlag Kelloggs zur Ächtung des Krieges ist vom amerikanischen Vorkämmerer in Tokio dem japanischen Minister des Äußeren offiziell überreicht worden. Die Stellungnahme Japans ist noch nicht bekannt. Man ist — wie aus Tokio gemeldet wird — allgemein der Ansicht, daß Japan für einen mehrseitigen Vertrag mit gewissen Vorbehalten ist, da es aufrichtig seine militärischen und Marineausgaben herabzusetzen wünsche.

Eine inländische Wohnungsbau-Anleihe. Da gegenwärtig eine Förderung des Wohnungsbaus durch Aufnahme von Auslandsanleihen als aussichtslos erscheint, hat die Stadt Köln beschloßen, bei einem großen deutschen Versicherungskonzern ein Darlehen von 8 Mill. Reichsmark zu Wohnungsbauzwecken aufzunehmen. Das Darlehen soll auf fünf Jahre gewährt werden und zwar zu Bedingungen, die zur Zeit bei den Hypothekenbanken im Beleihungsgeschäft üblich sind. Die Stadt Köln hat im vorigen Jahre von dem gleichen Versicherungskonzern schon einmal ein Darlehen von fünf Mill. Reichsmark erhalten, so daß sich hier eine feste Kreditverbindung anzubahnen scheint.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

Dem Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung lag am Mittwoch eine Eingabe des Badischen Bäderinnungsverbandes vor, worin gewünscht wurde, daß die Bäder mit ihrer Arbeit bereits morgens 4 Uhr (jetzt 5 Uhr) beginnen und die Türen schon vor morgens 7 Uhr öffnen dürfen. Es gelangte mit 14 gegen 4 sozialdemokratische Stimmen bei einer Stimmenthaltung ein von den Bädern eingebrachter Antrag auf empfehlende Überweisung an die Regierung zur Annahme, wozu allerdings die Bedingung geknüpft ist, daß die Arbeitszeit nicht verlängert werden darf.

Ferner stimmte der Ausschuss den inhaltlich bereits befaßten Gesetzentwürfen über die Zuständigkeit der Schwurgerichte für Pressevergehen und über die Ermächtigung von Mitgliedern oder Beamten der Jugendämter zur Aufnahme vollstreckbarer Verpflichtungserklärungen zum Unterhalt unehelicher Kinder zu.

### Konferenz des Unterrichtsministers mit den Direktoren der Volkshochschulen

Am 23. Januar wird Minister Keers im großen Saal des Ministeriums des Kultus und Unterrichts zu Karlsruhe eine Konferenz mit den Direktoren der Volkshochschulen abhalten. Nach Prüfung der von den Anstalten eingebrachten Vorschläge sind folgende Gegenstände zur Beratung gewählt worden: Neuauflage der Schulordnung, Pflichtstundenanzahl der Schüler, Beirat und Elternbeirat in ihrem Verhältnis zu Direktion und Anstaltslehrern, Unterricht in Landheimen.

### Verpachtung der Fischerei im Oberrhein

Nach Ablauf der letzten sechsjährigen Pachtverträge wurde am 9. Januar 1928 im Rathaus zu Gering (Amt Bärach) der badische Anteil der Rheinfischgewässer auf der Strecke Rastatt-Oberheim in einzelnen Parzellen versteigert. Gegen 100 Fischer des badischen Oberlandes waren erschienen, darunter viele weit über die Landesgrenzen bekannte marantente Typen, die trotz ihres vielfach hohen Alters (z. T. über 80 Jahre alte Männer) noch wader diesem Beruf nachgehen. Die von Jahr zu Jahr schlechter werdenden Fischereierträge und das über die Rheinische hängende Dammfischschwert des elässischen Seitenamals mügen dazu beigetragen haben, daß die Versteigerung nicht mehr so kühnlich verlief, wie man das früher gewohnt war. Nur bei wenigen Abschnitten wurde der Anschlag durch die Gebote wesentlich erhöht.

Im Bezirk Markt wurde noch kein Zuschlag erteilt. Die Pachtverträge laufen nun wieder, wie vor dem Kriege, auf 12 Jahre. Da nun bis 1933 das Rheinische Kraftwerk fertiggestellt ist, wird sich das Ertragnis auf der Strecke Markt-Oberheim verschlechtern. Die Pächter des betreffenden Abschnittes haben das Recht, in diesem Falle ihre Schadenersatzansprüche beim Staat geltend zu machen. Außer dem offenen Strom gehen auch die Altwasser, die Giechen und die Abschnitte der in den Rhein mündenden Bäche als zu den staatlichen Rheinischgewässern gehörig, wenn mindestens zeitweise Rheinwasser durch dieselben fließt.

Die Versteigerung betraf die Großfischerei mit „Bären“, Salmenwangen, Spreigarnen, Wablos usw. Die Kleinfischerei, ausschließliche Verwendung der Angrute, wird noch besonders gestattet, und zwar werden pro Kilometer 150 Angellinien ausgegeben, jedoch muß die Zustimmung des betreffenden Großfischereipächters vorhanden sein. Man hörte vielfach Klage über das Überhandnehmen des Geflügels, hauptsächlich Wildenten, welche beträchtlichen Schaden am Raich und Jungwuchs anrichten. Da das Abschließen nur dem Jagdwächter zuzuführen soll, müßte man das umfängliche Fallenstellen vornehmen, was im offenen Strom nicht leicht und nicht erfolgversprechend ist. Hierüber müßte eine Umänderung der Jagdvorschriften vorgenommen werden.

### Gemeinde-Rundschaun

Eisenbahnwünsche im Bauland. Die Bewohner des Baulandes wünschen zur besseren Verkehrsverleinerung, damit größeren Absatzmöglichkeit ihrer Produkte, eine Baulandbahn, d. h. eine Verbindung des größten ackerbaureichsten Ortes des Baulandes, der Gemeinde Affmannsbach, mit der Oberrheinbahn bei Vorberg. Die beabsichtigte Linie sollte von Vorberg über Bödingen nach Schwabhausen führen und von da über Windischbuch-Seehof nach Affmannsbach.

Ein historischer Brunnen in Weinheim. Im nächsten Jahre feiert der Gemeinnützige Verein Weinheim an der Bergstraße sein 50jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß soll im Jubiläumsjahre ein historischer Marktbrunnen eingeweiht werden, der nach Vorbildern aus alter Zeit erbaut wird. In einem Festzuge wird die Stadtdiener Weinhems bei diesen Feiern veranschaulicht.

Der Bürgerausschuss Bruchsal genehmigte am Mittwoch abend in einer dreistündigen Sitzung den Ankauf des Proviantamtsgebäudes, des Rannschloßhauses I und des Stabsgebäudes der ehemaligen Dragonerkaserne vom Reichsfinanzamt um den Preis von 135 000 RM, nachdem die Stadt schon einen Teil der übrigen Kasernengebäude in Besitz hat. Zustimmung fand auch die Erstellung eines zweiten Verteilungsmessens mit 6 Kammern für das Gaswerk um 100 000 RM. Einige weitere kleinere Vorlagen wurden ebenfalls fast einstimmig angenommen. Ein großes Projekt liegt für dieses Jahr noch vor in der Erstellung eines neuen Elektrizitätswerkes.

Der Bürgerausschuss Baden-Baden konnte in seiner Sitzung am Mittwoch unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Pfeifer zu seinem Beschluß über den Antrag des Stadtrates auf Erweiterung des Elektrizitätswerkes kommen. Die Beratung wurde nach 2½ stündiger Debatte bis auf weiteres vertagt. Danach genehmigte der Bürgerausschuss ohne Debatte einen Antrag des Stadtrates, die Anleihe von 2½ Millionen RM, die bereits vor längerer Zeit genehmigt wurde, auf 4 Millionen Reichsmark zu erhöhen.

Freiburg Spart. Der Stand der reinen Spareinlagen bei der Sparkasse Freiburg betrug Ende Dezember 12 718 257, der der Giroguthaben 3 016 889 RM, so daß sich die Gesamtsumme der fremden Gelder auf 15 735 146 RM beläuft. Die Zahl der Spareinleger beträgt 24 016, so daß jeder vierte Einwohner Freiburgs wieder im Besitz eines Sparbuches ist. Das durchschnittliche Guthaben auf ein Sparbuch beziffert sich auf 512,46 Reichsmark, gegen 471,36 RM im Vorjahre.

Wohnungsbauten im Bezirk Bellingen. Nach dem Tätigkeitsbericht des Bezirkswohnungsverbandes Bellingen-Land wurden 1927 in 21 Gemeinden 124 Wohnungsbauten gefördert gegenüber 67 Wohnungen im Jahre 1926. In den beiden Stadtgemeinden Triberg und St. Georgen wurden 24 bzw. 20 Wohnungen neu geschaffen, in Königfeld 14, in Bad Dürheim und Tennenbrunn je 12 Wohnungen. Der Gesamtumsatz hat im Berichtsjahr erstmals die Summe von einer Million Reichsmark überschritten. In den Jahren 1920-27 wurden zusammen 448 Wohnungen erstellt. Trotzdem ist der Wohnungsmangel im Bezirk noch lange nicht behoben.

Der Bürgerausschuss Kappelrodek hat den Gemeindevoranschlag 1927/28 genehmigt. Die Gesamtausgaben betragen 182 941 RM, die Einnahmen 140 523 RM. Der ungedeckte Aufwand also 41 818 RM. Dieser wird durch eine Umlage von 75 Pf auf 100 RM Grundbesitz und 5,50 RM auf 100 RM Gewerbesteuer aufgebracht.

Die städtische Sparkasse Sickingen hat im Jahre 1927 einen wesentlichen Aufschwung genommen. Die Spareinlagen erhöhten sich von 612 000 auf 1 063 000 RM, die Giro- und Giroguthaben von 164 000 auf 172 000 RM. Die Summe der von der Sparkasse größtenteils als Hypotheken- und Gemeindepfandbriefen ausstehenden Kapitalien stieg von 939 000 auf 1 362 000 Reichsmark; die Zahl der Spareinlagen von 1420 auf 2000. Die Stadtgemeinde Sickingen konnte von der Sparkasse zu Bau- und anderen Zwecken in den letzten beiden Jahren 209 700 RM erhalten.

### Aus der Landeshauptstadt

#### Presse- und Bühnenfest 1928 „Tinte und Schminke“

Wie erhalte ich meine Eintrittskarte zu dem Fest? Der Eintrittspreis für das große Presse- und Bühnenfest „Tinte und Schminke“, das am 4. Februar in den sämtlichen Räumen der Festhalle stattfindet, beträgt unterschiedslos 10 RM. Irigendwelche Ermäßigungen sind also ausgeschlossen. Damit dürfte sich eine Reihe von Anträgen beantworten, die in letzter Zeit an das Zentralbüro der Festleitung gerichtet worden sind.

Im Gegensatz zu früheren Veranstaltungen ähnlicher Art, berechtigt diesmal die Eintrittskarte, auf die natürlich Steuern nicht mehr erhoben werden, zum Besuch aller Vorstellungen und Darbietungen an dem Festabend. Auch sonst wird auf dem Fest alles vermieden werden, was nur irgendwie an Neugier erinnert. Es gibt keine Verkaufsbuden, mit denen noch extra auf den Wohlwollensgeist der Besucher spekuliert wird. Was außer der Eintrittskarte zu bezahlen ist, ist lediglich der Verzehr an Speisen und Getränken. Mit Ausnahme eines türkischen Kaffeegettes, dessen Erziehung geplant ist, werden sämtliche Speisen und Getränke vom Wirt des Stadtgartens zu den üblichen Preisen verabfolgt. Die Lose für die Tombola werden nur 50 Pf pro Stück kosten. Dafür werden die Gewinne so beschaffen sein, daß ihr Wert auch den befriedigten dürfte, der eine größere Anzahl von Losen gekauft hat.

Die Anmeldungen zum Besuch des Festes werden wahrscheinlich am 20. Januar abgeschlossen werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß schon vorher sämtliche Karten ausverkauft sind. Möglich ist aber auch, daß noch nach dem 20. Januar ein freihändiger Verkauf an einer noch näher zu bezeichnenden Stelle stattfinden kann. Wer sich rechtzeitig anmeldet und seine Karten abholt, ist aller etwaigen Schwierigkeiten bezüglich des Zutritts zum Fest ledig. Sollte hier und da einmal eine Karte nicht benutzt werden können, so kann sie erfahrungsgemäß in den letzten Tagen vor dem Fest ohne jede Mühe, womöglich noch mit Aufgeld, weiter verkauft werden.

Wer seine Karte erst am 31. Januar oder am 1. Februar, den Tagen der Gehaltsauszahlung, abholen möchte, kann dies ruhig in seiner Anmeldung mitteilen. Die Karte wird ihm dann reserviert.

Einstweilen ist der Zustrom von Anmeldungen so, daß mit einer Erschöpfung der zur Verfügung stehenden Eintrittskarten bis zum 20. Januar gerechnet werden kann. Es wäre bedauerlich, wenn jemand, der von jeher ein Freund des Theaters und der Presse gewesen ist, nur deshalb um den Besuch des Festes käme, weil er sich nicht rechtzeitig eine Karte beschafft hat.

Wie schon mitgeteilt, können Nischen (nicht Einzelplätze) zu einer Vorkerkgebühr von 20 RM, für die Nische (10-20 Personen) vorher bestellt werden. Die Vorbestellung bezieht sich also nur auf die Nischen, nicht aber auf sonstige Plätze und Tische.

Alle Anmeldungen nur schriftlich an das Zentralbüro der Festleitung (bei Herrn Chefredakteur Amend, Karl-Friedrichstraße 14).

30 Jahre im Dienste der Presse. Regierungsrat Anton Weichmann bei der Presseabteilung der badischen Regierung feiert am heutigen Tage das 30jährige Jubiläum journalistischer Tätigkeit. Geboren in Wolfersheimen bei bayerischer Regierungsbereich Mittelfranken, erlernte er zuerst das Schriftsetzerhandwerk. In der Genossenschaftsbruderei Halle wurde er zunächst als Berichterstatter verwendet und am 12. Januar 1898 am dortigen sozialdemokratischen „Volksblatt“ Redakteur. Als solcher hat er für seine politische Überzeugung dort, wo ein sehr scharfer Ton gegen die Sozialdemokratie herrschte, insgesamt 13 Monate an Gefängnisstrafen erleben müssen. Von Halle kam er 1905 an den Karlsruher „Volksfreund“. Vor 17 Jahren übernahm er dann die Leitung der neugegründeten Freiburger „Volkszeitung“, die er zu einem geachteten Blatt seiner Partei ausbaute. Nach der Staatsumwälzung 1918 wurde Weichmann in die Presseabteilung der badischen Regierung berufen, der er bis heute angehört. In seiner amtlichen Stellung hat er sich auf allen Seiten große Achtung und Wertschätzung erworben, ebenso als Abgeordneter des badischen Landtags. Auch unserer „Karlsruher Zeitung“ ist Reg.-Rat Weichmann ein sehr wertvoller Mitarbeiter.

Badisches Landestheater. Die Erstaufführung des Kriminalstücks „Der Hexer“ im Konzerthaus ist auf den 29. Jan. verschoben worden. Statt dessen gelangt am Sonntag, den 15. Jan. „Der Raub der Sabinerinnen“ zur Wiederholung.

Unser Umbau ist beendet

**Wir eröffnen**

heute

**DONNERSTAG**

**4 UHR**

unsere neugestalteten Geschäftsräume

Der

**Eröffnungs-Verkauf**

wird Sie von unserer Leistungsfähigkeit überzeugen

Wäschehaus

**Geschwister Baer**

Waldstraße 37



**Badische Kunstlotterie.** Vielfaches Interesse wird die Mitteilung gewinnen, daß das große Los aus der Bad. Kunstlotterie zugunsten der Volkshochschulen der Studierenden der Landeskunstschule Karlsruhe nach Mannheim gefallen ist und das wertvolle Spanngel-Verrenkzimmer dort von einem Arzt gewonnen wurde. Der finanzielle Erfolg der Lotterie ist in Anbetracht der gegebenen Verhältnisse recht beachtenswert. Die Studierenden der Landeskunstschule sind der Allgemeinheit für die dankenswerte Mithilfe, und Förderung ihrer Absichten herzlich zu Dank verbunden.

**Verurteilter Falschmünzer.** Das Große Schöffengericht Karlsruhe verurteilte gestern den 44jährigen, verheirateten Feinmechaniker **Käppler**, der sich Ingenieur nennt, wegen Münzverbrechens zu 1½ Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Käppler hatte in seiner Wohnung von 1926 bis Herbst 1927 eine größere Menge 50-Pfg.-Stücke nachgemacht und in verschiedenen Städten in den Verkehr gebracht. Das Gericht erkannte außer der Freiheitsstrafe auf die Einziehung der Falschmünzwerkzeuge und des vorgefundenen Falschgeldes.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.** Die gestern von der mittleren nordwestlichen Küste lagernde Zyklone ist nordwärts gezogen. In ihrem Schilde kam es im ganzen Lande zu Regenfällen. Vorübergehend macht sich jetzt der Einfluß des hohen Druckes über Frankreich und den Alpen bemerkbar, so daß die Niederschläge nachlassen. Eine neue Sturmzyklone hat aber bereits wieder mit ihrem Orkan die britischen Inseln erreicht. Wetterausichten für Freitag, den 13. Jan.: Nur vorübergehend Niederschläge nachlassend, später neue Regenfälle und Erwärmung bei aufsteigenden Südwestwinden.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

**Mannheim, 12. Jan.** Privatdozent Dr. Karl Nöble von der Handelshochschule hat einen Ruf als beamteteter a. o. Professor für Betriebswirtschaftslehre an die Universität Bonn erhalten.

**Mannheim, 11. Jan.** Zum Stadtpfarrer der katholischen St. Josefikirche auf dem Lindenhof wurde Pfarrverweser Hof. **Wismann** in Oberharmersbach ernannt.

**D. Heidelberg, 12. Jan.** Der Messingläser, dem bei seinem letzten Auftreten auf kräftige Weise der Garau gemacht wurde, hat sich dadurch gerächt, daß er sich im Meldeamt der Polizeidirektion eingemistet hat.

**B. Gaggenau, 12. Jan.** In den Werken Daimler-Benz A.-G. brach gestern abend 8 Uhr in einem abgelegenen Lagerraum ein Schadenfeuer aus, das jedoch keine große Ausdehnung annahm. Es gelang der Feuerwehr, nach kurzer Zeit das Feuer auf seinen Herd zu beschränken, so daß ein größerer Schaden nicht entstehen konnte.

**Säckingen, 11. Jan.** In Bergalingen (Amt Säckingen) hat der Landwirtssohn **Döble** seine 17jährige Geliebte erschossen, deren Eltern das Verhältnis nicht dulden wollten. Dann brachte er sich selbst einen Kopfschuß bei und wurde schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

**lb. Schopfheim, 12. Januar.** Am 2. und 3. Juli dieses Jahres findet hier das Landeskirchengefangenfest der evangelischen badischen Landeskirche statt. Eingeleitet wird das Fest durch eine geistliche Abendmusik mit Werken oberbayerischer Meister aus der Zeit vor und während der Reformation. Am Sonntag findet dann ein großer Festgottesdienst, am Nachmittag die Festaufführung mit Massensingen statt, wozu sich schon über 20 Musikchöre angemeldet haben.

**Verschiedenes**

**Unterschlagungen eines belgischen Industriedirektors**

Von Untersuchungsrichter Antwerpen wurde der Direktor **Hubert** von der Antwerpener Woll-Gesellschaft vernommen. Hubert gab zu, drei falsche Bilanzen vorgelegt und 100 000 Ffd. Sterling und mehr als 200 000 Franken unterschlagen zu haben.

**Bergwerksunglück in Kolumbia**

**W.D. London, 12. Jan. (Tel.)** Eine Exchange-Meldung aus **Call (Kolumbia)** vom 11. Jan. besagt: Infolge eines Einsturzes in dem **Las Golondrinas-Bergwerk** wurden in einer Tiefe von 300 Meter über 100 Bergleute eingeschlossen. Man fürchtet, daß sie alle tot sind.

**Schweres Explosionsunglück im Hamburger Hafen**

**W.D. Hamburg, 12. Jan. (Tel.)** Heute Morgen, kurz vor 7 Uhr, hat sich im Hamburger Hafen ein schweres Explosionsunglück ereignet. Auf einer mit Schauerleuten voll besetzten Motorbarke der Hamburger Schauerlei-Gesellschaft entstand inmitten des Elbestromes, querab vor der Werft Neiherrstieg eine Explosion, die wahrscheinlich durch einen Vergaserbrand verursacht wurde. Die Barke geriet in Brand, und ein großer Teil der Arbeiter sprang in verletztem Zustande über Bord. Auf der Barke befanden sich insgesamt 90 Personen. Der Explosion ging eine starke, fast haus-hohe Stachflamme voraus, worauf eine starke Detonation erfolgte, die weit herum im Hafen vernommen wurde. Schnell herbeigeeilte Barcken, Fährdampfer und Schleppdampfer retteten die über Bord gesprungenen Arbeiter, die aus dem Gise herausgeholt wurden. Nach den bisherigen amtlichen Feststellungen sind etwa 35 Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt. Zwei Arbeiter werden noch vermisst. Die Barke wurde geborgen.

**Handel und Wirtschaft**  
**Berliner Devisennotierungen**

	12. Jan.		11. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.06	169.40	169.06	169.40
Kopenhagen 100 Kr.	112.41	112.63	112.39	112.61
Italien . . . 100 L.	22.205	22.245	22.195	22.235
London . . . 1 Pf.	20.456	20.496	20.426	20.456
Newyork . . . 1 D.	4.1955	4.2035	4.195	4.230
Paris . . . 100 Fr.	16.495	16.535	16.49	16.53
Schweiz . . . 100 Fr.	80.845	81.005	80.835	80.995
Wien 100 Schilling	59.20	59.32	59.17	59.29
Brag . . . 100 Kr.	12.435	12.455	12.433	12.453

Teilnahme Russlands an der Leipziger Messe. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wird im Jahre 1928 von allen deutschen Messen nur an der Leipziger Messe teilnehmen. Russland stellt damit das dritte Mal auf der Leipziger Messe aus.

**Detektiv** - Institut  
u. Privat-  
Rückmittel  
**Argus** "Mannheim"  
O 6, 6  
Planken  
Telephon 53505  
A. Maier & Co., G.m.b.H.



**Badisches Landestheater**

Freitag, 13. Januar 1928  
\*F 15 (Freitagmiete)  
Th. Gem. 1-100  
und 3. S. (2. Hälfte)  
**Die Journalisten**  
von Freitag  
In Szene gesetzt von  
Felix Baumbach

- |                     |                |
|---------------------|----------------|
| Berg                | Schulze        |
| Ida                 | Quaifer        |
| Abelheid            | Waller         |
| Senben              | Dahlen         |
| Prof. Oldendorf     | Hierl          |
| Conrad Holz         | Kloebke        |
| Bellmaus            | Müller         |
| Rampe               | Leitgeb        |
| Röner               | Graf           |
| Buchdrucker Henning | Brüter         |
| Müller              | Osthoft        |
| Blumenberg          | Gemmede        |
| Schmoel             | Brand          |
| Piepenbrint         | Berg           |
| Lotte               | Geuter         |
| Berta               | Silber         |
| Meinichel           | Schneider      |
| Freih               | Schmidt-Rehler |
| Justizrat Schwarz   |                |

v. d. Tend  
Kängerin Ermarth  
Korb Höder  
Karl Kubne  
Kellner Reinath  
Gast Mehner  
Anfang 19<sup>12</sup>, Ende 22<sup>12</sup>,  
I. Rang und I. Sperrspiz  
5 26

So. 14. Jan. La Traviata  
So. 15. Jan. nachmittags  
Der Freischütz, Abends:  
Cavalleria rusticana. Hierauf:  
Der Bajazzo. Im Konzert:  
Der Haub der Sabinerinnen.

**COLOSSEUM**  
Waldstraße 16  
Telephon 5599

Täglich ab 8 Uhr  
Sonn- und feier-  
tags 4 u. 8 Uhr  
**REVUE**  
Wien  
und die  
Wiener

**PRESSE- UND BÜHNENFEST 1928**

**TINTE U. SCHMINKE**  
*Schwarz und Bunt*

Am 4. Februar 1928, beginnend abends 8 Uhr  
in sämtlichen Räumen der Festhalle

**GROSSES KOSTÜMFEST**  
*mit hervorragenden künstlerischen Vorführungen*

unter Beteiligung der ersten Kräfte des  
Badischen Landestheaters Karlsruhe

**Im Grossen Festhallsaal: Tanz und Revue**  
**Im kleinen Festhallsaal: Stillvolles Weinkabarett**  
**Im Roten Saal: Apachenkeller „Zum Lippenstift“**  
**Im Gelben Saal: Berliner Laubensfest**  
**Im Biertunnel: „Bohm Tintenfisch im Aquarium“**  
*mit Wiener Schrammelmusik*

Tombola mit rund 1000 wertvollen Preisen  
In jedem Raum wird ununterbrochen musiziert.

Eintritt 10 Mk. pro Person einschl. Belegung reserviert. Nischen und  
Steuer und allen Sonderveranstalt. Logen (für je 10 Personen) 90 Mk.

**Das Reinertragnis des Festes ist für Wohlfahrtszwecke bestimmt**

Anmeldungen und Tischbestellungen, solange die Zahl der Nischen reicht,  
nur schriftlich sofort im Zentralbüro des Festes (bei Herrn Chefredakteur  
Amend, Kactfriedrichstraße 14) unter namentlicher Angabe der Besucher

**L.d. Verein Karlsruher Presse (Journa- L.d. Genossenschaft Deutscher Bühnen-  
listen- und Schriftsteller-Verein) K.V. angehöriger, Lokalverband Karlsruhe  
Amend, Chefredakteur u. d. Tronck, Regisseur**

**L.d. Vereinigung Karlsruher Leitungsverleger  
Dr. Bruno Thiergarten, Verleger**

**L.d. Landestheater Karlsruhe  
Dr. Wiag, Intendant**

**PRESSE- UND BÜHNENFEST 1928**

**Ludwig**  
**Schweisgut**  
Karlsruhe i. B.  
Erbsenstr. 4  
beim Rondellplatz  
**Flügel**  
Pianos 724  
Harmoniums  
Nur beste Fabrikate  
Sehr mäßige Preise  
Umtausch alter Klaviere

**Leser Bücher**  
Wissen ist Macht!

**Güterrechtsregister.**  
Karlsruhe. Nr. 294  
Güterrechtsregisterinträge.  
1. Zu Band I Seite 15:  
**Daubenberger, Gustav, Bau-**  
**unternehmer, Karlsruhe, u.**  
**Elise geb. Ruhmaul. Ver-**  
**träge vom 25. Juni 1919 u.**  
**9. Dezember 1927. Güter-**  
**trennung. 2. 1. 1928.**

2. Seite 16: **Rebhattel,**  
**Julius, Monteur, Karlsru-**  
**he-Dezland, u. Pauline**  
**geb. Hennhöfer. Vertrag**  
**vom 23. Dezember 1927. Gü-**  
**tertrennung. 2. 1. 1928.**

3. Seite 17: **Scherrer, Fried-**  
**rich, Kaufmann, Karlsruhe-**  
**Hühner, und Erna geb.**  
**Riefmann. Vertrag vom**  
**30. Dezember 1927. Güter-**  
**trennung. 2. 1. 1928.**

4. Seite 18: **Stoff, Josef,**  
**Oberbeizer, Karlsruhe-**  
**Mühlburg, und Albertine**  
**geb. Klein verw. Nowad.**  
**Vertrag vom 12. Dez. 1927.**  
**Gütertrennung. 5. 1. 1928.**

5. Seite 19: **Fibanz, Fritz,**  
**Direktor, Karlsruhe, und**  
**Margarete geb. Kolbe geb.**  
**Mabke. Vertrag vom**  
**28. Dezember 1927. Ver-**  
**waltung und Auflösung**  
**des Mannes ausgehlossen.**  
**5. 1. 1928.**

6. Seite 20: **Kaufmann,**  
**Adolf, Kaufmann, Karlsru-**  
**he, u. Rosa geb. Pfistner.**  
**Der Mann hat das Recht der**  
**Frau innerhalb ihres häus-**  
**lichen Wirkungskreises die**  
**Geschäfte des Mannes für**  
**ihn zu besorgen und ihn**  
**zu vertreten, ausgeschlossen.**  
**5. 1. 1928.**

7. Seite 21: **Schempp,**  
**Rudolf, Kaufmann, Deutsch-**  
**neureut, und Karoline geb.**  
**Knobloch. Vertrag vom**  
**29. Dezember 1927. Güter-**  
**trennung. 7. 1. 1928.**

Badisches Amtsgericht B 2.